

# Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Belegpreis beträgt 30 Cent. Der Jahressubskriptionspreis für den Postweg beträgt 30 Mark. Bestellungen sind zu richten an den Verleger, Halle a. S., Postfach 100. Die Druckerei ist in der Halle a. S., Postfach 100.

Die Ausgaben werden nach folgender Tabelle berechnet: Der Preis für den Postweg beträgt 30 Cent. Der Jahressubskriptionspreis für den Postweg beträgt 30 Mark. Bestellungen sind zu richten an den Verleger, Halle a. S., Postfach 100.

## Was fehlt dem Reichstag?

Das englische Parlament als Vorbild.

Unter hoher Reichstagsfeierlichkeit wird wieder einmal nach dem Vorbild des englischen Parlaments, und zwar nur unter der Bedingung, seine Zustimmung für eine kleine Welle ein wenig einzuwickeln, es hat zu viele Mängel, als daß noch länger Deutschlands ungenügende Ausstattung auf ihm ruhen könnte. Die letzten Urkunden dieser Art sind wieder Mittel. Um sie leichter zu finden, durchsuchen wir zuvor schon einmal ein anderes, älteres und in keinem Maße wohlbedeutendes parlamentarisches System, das englische.

Die Anfänge des englischen Parteiwesens in seiner heutigen Form liegen in der Mitte des 17. Jahrhunderts bei zwei Parteien, dem Whig und dem Tory. Jede Partei einzellich die Macht des Königtums zu ihren Gunsten soweit als möglich einzuwickeln, andererseits aber zwingen sie untereinander um die Ausübung der ersonnenen Gewalt. Die allmähliche Umwandlung in ein modernes Parteiwesen ist ein Ergebnis der Revolution von 1789 und der darauffolgenden Ereignisse. Die Parteien sind heute in der Regel in zwei Hauptgruppen unterteilt: die Liberalen und die Konservativen.

Die Parteien des englischen Parlaments: 1832, 1867, 1884 und 1918 haben die Zustimmungsbedingung zum Parlament, die ursprünglich nur der Wahlberechtigung vorbehalten war, immer weiter ausgedehnt. In dieser Entwicklung liegt das Wesen des englischen Parlamentarismus. Es ist gebunden in seine parlamentarischen, ihren Kreis stetig erweiternden, praktischen Bestimmungen. An ihren Urkunden steht eine gewisse Erhaltung, aus der hervorgeht, daß die Parteien nicht nur ein Mittel sind, sondern auch ein Ziel.

Die politische Bedeutung der Parteien im Parlament ist die, die die Interessen der Wähler zu vertreten. Sie sind die Träger der politischen Verantwortung. Die Parteien sind in der Regel in zwei Hauptgruppen unterteilt: die Liberalen und die Konservativen. Die Liberalen sind für die Reformen, die Konservativen für die Erhaltung der Traditionen.

Die deutsche Staatsverfassung ist gekennzeichnet durch den Mangel einer solchen organisierten Opposition. Die deutsche Verfassung ist in vieler Hinsicht unvollständig. Die Parteien sind in der Regel in zwei Hauptgruppen unterteilt: die Liberalen und die Konservativen. Die Liberalen sind für die Reformen, die Konservativen für die Erhaltung der Traditionen.

Die deutsche Staatsverfassung ist gekennzeichnet durch den Mangel einer solchen organisierten Opposition. Die deutsche Verfassung ist in vieler Hinsicht unvollständig. Die Parteien sind in der Regel in zwei Hauptgruppen unterteilt: die Liberalen und die Konservativen. Die Liberalen sind für die Reformen, die Konservativen für die Erhaltung der Traditionen.

## Der Coup'paß für Baldwin.

Konsequente Zerbrechen, Angeführter Parteivorsitzender.

London, 11. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) In den Reihen der Konservativen herrscht heute Stimmung gegen den Premierminister Lord Baldwin. Die Partei ist in zwei Hauptgruppen unterteilt: die Liberalen und die Konservativen. Die Liberalen sind für die Reformen, die Konservativen für die Erhaltung der Traditionen.

Die deutsche Staatsverfassung ist gekennzeichnet durch den Mangel einer solchen organisierten Opposition. Die deutsche Verfassung ist in vieler Hinsicht unvollständig. Die Parteien sind in der Regel in zwei Hauptgruppen unterteilt: die Liberalen und die Konservativen. Die Liberalen sind für die Reformen, die Konservativen für die Erhaltung der Traditionen.

Überlegen geleitet wird, nach unter allen Umständen der bei den Wahlen zum Ausbruch gekündeter Wahlverschiebung insofern Rechnung tragen, als eine energiegeladene Politik gegenüber Frankreich unabwendbar wird. In dessen Rahmenpolitik leben, nach freimüthiger Erklärung nachfolgend, viele Stimmen die Hauptursache der englischen Arbeitslosigkeit. Die neue britische Regierung wird also wohl den maßgebenden Männern in Frankreich eine Fortsetzung des gefährlichen Einseitigen mit ihrer eigenen Politik überlassen. Inhaltliche Sühndigung seiner nationalen Interessen verdient der Krieg nicht. Das wird die Zusammenlegung der neuen Regierung erweisen, die vielleicht nur Uebertragung wird zu noch schärferer Tonart.

## Ein Reparationsprogramm.

Englisch-französische Einigung über Reparations- und Reparationsfragen?

London, 11. Dezember. In Hinblick der amerikanischen Politik nachfolgenden Artikel sind die Bestimmungen, die für den Frieden in England in internen Beziehungen zwischen der englischen und französischen Regierung eine Einigung über die Reparations- und Reparationsfragen erzielt worden ist, die in folgenden Hauptpunkten zusammengefaßt werden können:

1. Die Aufrechterhaltung einer einseitigen System finanzieller und wirtschaftlicher Kontrolle unter Teilnahme Englands zu vermeiden.
2. Die Kontrolle muss mit Einverständnis der Berliner Regierung als das geeignete Mittel zur Wiederherstellung der deutschen Finanzen und der deutschen Währung betrachtet werden.
3. Frankreich muss jede Unterstützung der rheinischen Separatisten lassen, aber mit Belgien und England gemeinsam die Autonomie des Rheinlandes im Rahmen des Reiches zu garantieren.
4. Die militärische Bewehrung des Rheinlandes soll aufrechterhalten bleiben; das Hauptinstrument der Bewehrungsgruppen soll Frankreich unter Verantwortung der Völkerbünde angewiesen werden.
5. Die Alliierten werden bei jedem deutschen Angriffsvorstoß sofort gemeinschaftlich einschreiten.
6. Frankreich verpflichtet sich, auf jede Aktion des Rheinlandes zu verzichten.
7. Frankreich und England werden eine militärische, Flotten- und Luftflotte einrichten.
8. Im Falle einer Weiterentwicklung des Sonderabkommens zwischen England und Frankreich ein Sonderabkommen mit besonderer Berücksichtigung der Feste abzuschließen.
9. Die Gesamtreparationsverpflichtung Deutschlands wird auf 20 Milliarden Goldmark festgelegt, wovon die Hälfte in bar zu zahlen ist, die übrige Hälfte in Form von Anleihen und anderen geeigneten Mitteln zu decken.
10. Beide Mächte verpflichten sich zu einer gemeinsamen Politik der Befähigung mit Bezug auf alle internationalen Fragen, insbesondere auch in der Mittelmeerpolitik.

Man wird sich tun, diese aus London kommende Meldung mit mehreren großen Fragezeichen zu versehen. Schon deshalb, weil es noch nicht feststeht, in welchem Ausmaße die englische Kabinetspolitik im allgemeinen und französisch im besonderen verändert werden wird. Schließlich ist das tatsächliche Verhalten der englischen Regierung gegenüber Frankreich im Hinblick auf die Reparationsfrage nicht unklar. Die deutsche Regierung wird sich in der Zukunft zu zeigen haben, ob sie bereit ist, die Reparationsverpflichtung zu erfüllen.

## Die neuen Beamtengehälter genehmigt.

Die Beamten gegen die Verlängerung der Arbeitszeit.

Berlin, 11. Dezember. Das Reichskabinett genehmigt, wie die „Telegraphen-Union“ hört, die Verregelung der Beamtenbezahlung und befragt sich mit einer Reihe kleinerer Vorlagen.

Berlin, 11. Dezember. Die Verhandlungen, die gestern über die Fragen der Arbeitszeitverlängerung im Reichsministerium des Innern zwischen Regierungsexperten und Vertretern der Beamtenvereinigungen geführt wurden, sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Delegationsleiter erklärten, daß die Arbeitszeitverlängerung in der geplanten Form für die Beamten nicht annehmbar und daß insbesondere auch eine Teilung der Dienstzeit im Hinblick auf die zum Teil von Arbeitsstellen frei abgelegenen Wohnungen der Beamten technisch undurchführbar sei.

Berlin, 10. Dezember. Ein eingehender Beratung sind heute vom Reichskabinett und von Vertretern der Länder die hauptberuflich wirtschaftlichen, finanziellen und sozialistischen Fragen des letzten Gesetzes mit Vertretern der Städte- und Landtagsvereinigungen des besetzten Gebietes sowie dem Präsidium des Wirtschaftsausschusses besprochen worden. Die Vertreter nahmen Kenntnis von den Absichten der Regierung, namentlich hinsichtlich des Erwerbslosenwesens, der sanitären Maßnahmen und des wertschöpfenden Notgeldes. In weitestem Umfang wurde ein Einverständnis erzielt.

## Berlin - München.

Berlin, 11. Dezember. Der Gesandte des Reiches in München, Herr von Sauer, hat in den letzten Tagen in Berlin mit dem Reichskabinett Besprechungen über eine endgültige Regelung der Weimarer Verhältnisse zwischen Berlin und München gehabt. Man nimmt an, daß einigte Vereinbarungen zwischen Berlin und München schon in nächster Zeit getroffen werden können.

## Deutschland und die Union.

Der neue Handelsvertrag und die deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Was Washington zum ersten die Meldung, daß Hughes und Woodruff am 8. Dezember den Entwurf eines neuen Handelsvertrages unterzeichnet haben. Über den Inhalt des neuen Handelsvertrages ist noch nichts bekannt, da der Vertrag erst dem Kongress zur Genehmigung vorgelegt werden muß. Ebenfalls ist die Zustimmung des Deutschen Reiches erforderlich, die aber an Grund der besonderen Gemüthsstimmung der Reichsregierung keine aufsehenerregende Wirkung haben kann. Mit dem Abschluss des Vertrags sollte ein Ende, die bisher schon immer genug auf den Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten folgte. Der alte Handelsvertrag, der aus dem Jahre 1910 stammt, ist durch die Kriegserklärung Wilsons an das Deutsche Reich 1917 zerfallen worden. Seit dem 1. Januar 1919 ist in einer Reihe von rechtlichen Bestimmungen die Handelsfreiheit zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten durch den Handelsvertrag von 1911 geregelt worden. Die Bestimmungen dieses Handelsvertrages sind im Wesentlichen die gleichen, wie die Bestimmungen des Handelsvertrages von 1911. Die Bestimmungen dieses Handelsvertrages sind im Wesentlichen die gleichen, wie die Bestimmungen des Handelsvertrages von 1911.

Deutschland war vor dem Krieg einer der zahlungsfähigsten Nationen der Union. Baumwolle, Getreide, Kupfer und andere mehr besaß Deutschland in reichlicher Menge. Die Vereinigten Staaten sind die Union bei dem Ausbruch des Krieges geblieben, da es weder in Silberminen noch im festen Boden Kupfer einen Ersatz finden konnte. Seine würde Deutschland wohl häufig für nordamerikanischen Waren sein, in dem die Union geradezu einen Überflutungsstrom von Waren in den Vereinigten Staaten zu sehen. Die Vereinigten Staaten sind im Jahre 1914 ein Handelsvertragspartner von Deutschland geworden. Die Bestimmungen dieses Handelsvertrages sind im Wesentlichen die gleichen, wie die Bestimmungen des Handelsvertrages von 1911. Die Bestimmungen dieses Handelsvertrages sind im Wesentlichen die gleichen, wie die Bestimmungen des Handelsvertrages von 1911.

Auf die Handelsbeziehungen hat das weniger Einfluss als auf die politischen Beziehungen, die doch einmal wieder in das alte Geleite kommen müssen. Nun wird über Stuttgart gemeldet, daß dort eine Abordnung aus Washington einetroffen ist, die Verhandlungen über die Freigabe des deutschen Vermögens zu verhandeln. Es ist wahrscheinlich, daß diese Frage auch im Rahmen der Handelsverträge zur Sprache gekommen ist. Die Vereinigten Staaten haben unter dem deutschen Weltmarkt nicht gelitten, im Gegenteil, sie haben die Erzeugnisse der deutschen Wirtschaft vielfach und notwendig gebraucht. Es gab Industriezweige, deren Erzeugnisse wegen der hohen Kosten in den Vereinigten Staaten nicht hergestellt werden konnten. Das gilt besonders für die Textilindustrie der Leder- und Textilindustrie, deren Produktion in den Vereinigten Staaten wegen der hohen Löhne nicht rentabel war. Nun haben Krieg und Nachkriegszeit die Wirtschaft gründlich verheert. Es hat sich ein großer Teil der deutschen Industrie zerstört. Die Vereinigten Staaten haben Europa und Frankreich den Krieg gemessen lassen. Heute ist Frankreich die wichtigste Wirtschaftsmacht Europas, das die Überlegenheit der Wirtschaft ausstrahlt. Es hat die Vereinigten Staaten in Europa ein Ende finden will. Für die Union ist das insofern nicht gleichgültig, als es weder Deutschland noch irgendein anderes europäisches Land als einen Handelspartner zu haben vermag. Die Vereinigten Staaten sind die Union bei dem Ausbruch des Krieges geblieben, da es weder in Silberminen noch im festen Boden Kupfer einen Ersatz finden konnte. Seine würde Deutschland wohl häufig für nordamerikanischen Waren sein, in dem die Union geradezu einen Überflutungsstrom von Waren in den Vereinigten Staaten zu sehen. Die Vereinigten Staaten sind im Jahre 1914 ein Handelsvertragspartner von Deutschland geworden. Die Bestimmungen dieses Handelsvertrages sind im Wesentlichen die gleichen, wie die Bestimmungen des Handelsvertrages von 1911. Die Bestimmungen dieses Handelsvertrages sind im Wesentlichen die gleichen, wie die Bestimmungen des Handelsvertrages von 1911.











